

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

Außerdem in dieser Ausgabe:

Kommunale Finanzen
Der Kampf der Frauen
Globale Wasserwirtschaft
Das Hungerproblem



Aushöhlung der Demokratie

DIE LINKE.

Für eine neue soziale Idee.

Bundestagsreport 06 / 2012 der Landesgruppe Brandenburg

Inhalt

Demokratie statt Fiskalpakt.....	Seite 04
von Wolfgang Nešković	
Finanzprobleme der Kommunen nicht zu Lasten der Beschäftigten lösen.....	Seite 06
von Dr.Dagmar Enkelmann	
Equal-Pay-Day ist Tag der Abrechnung!.....	Seite 08
von Diana Golze	
Wasser, Markt und Macht.....	Seite 10
von Sabine Stüber	
„Es geht nicht darum, den Ländern des globalen Südens mehr zu geben, sondern ihnen weniger wegzunehmen!“ <small>(Jean Ziegler, Das Imperium der Schande)</small>.....	Seite 12
von Dr. Kirsten Tackmann	
Pressemitteilungen.....	Seite 14
Anträge, Anfragen & Initiativen.....	Seite 18
Reden	Seite 26
Kontakt	Seite 27
Impressum	Seite 28

Demokratie statt Fiskalpakt



von Wolfgang Nešković

Der am 30. Januar von den europäischen Staats- und Regierungschefs ausgehandelte Fiskalpakt ist kein Schritt zu einem gemeinsamen und demokratischen Europa. Er stellt vielmehr den vorläufigen Höhepunkt einer neoliberalen und autoritären Entwicklung in Europa dar. Zum Einen werden in ihm neoliberale Annahmen zu unumstößlichen Dogmen europäischer Politik geädelt, zum Anderen wird das im Grundgesetz verankerte Demokratieprinzip grob verletzt.

Angela Merkel und die Bundesregierung werden nicht müde zu betonen, dass nur durch die im Fiskalvertrag beschlossenen Maßnahmen die Wirtschafts- und Finanzkrise überwunden werden könne und die EU wieder stabilisiert werde. Diese Sicht basiert jedoch auf einer falschen Annahme: Nach der zugrunde liegenden neoliberalen Analyse handelt es sich bei der derzeitigen Krise im Wesentlichen um eine Staatsschuldenkrise, die durch „exzessive“ öffentliche Ausgaben ausgelöst wurde und nur durch striktes Sparen wieder behoben werden kann. Tatsächlich sind die deutschen Staatsschulden jedoch erst durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise 2008 und die damit verbundenen Bankenrettungsprogramme entscheidend gestiegen. Nach Auskunft der Bundesregierung allein 2011 um 337 Mrd. Euro. Erst die Rettungsaktionen für „systemrelevante“ Banken und Versicherungen haben somit den Schuldenstand verursacht, den der Markt und die Ratingagenturen den Staaten heute vorwerfen.

Die wirklichen Ursachen der Krise werden im jetzt diskutierten Fiskalvertrag aber noch nicht einmal angesprochen. Stattdessen enthält der Vertrag ausschließlich Maßnahmen, welche die Vertragsstaaten zu rigorosem Sparen um jeden Preis verpflichten.

Der Fiskalvertrag zwingt alle europäischen Staaten zu einer dauerhaften Politik der Ausgabenkürzung. In der Folge wird es einen weiter zunehmenden Sozialabbau, weitere Privatisierungen und einen generellen Rückgang der staatlichen Daseinsfürsorge geben. Welche Folgen diese Politik auf ein Land und seine Bevölkerung haben kann, wurde uns allen in den letzten Monaten in Griechenland vor Augen geführt. Durch die von der EU durchgesetzten Kürzungsprogramme wurde Griechenland immer tiefer in die Rezession gestürzt – ohne, dass dabei die Staatsfinanzen erfolgreich saniert worden wären. Im Gegenteil: Die Staatsschulden sind wegen der mangelnden Einnahmen weiter rasant angestiegen.

Schließlich wird die Obergrenze für zulässige Staatsschulden auf 60% des Bruttoinlandsprodukts festgelegt – ein Wert, den sowohl Deutschland als auch die Hälfte der übrigen EU-Staaten bereits jetzt überschreiten. Zukünftig sollen bei Überschreitung der Schuldengrenze die umfangreichen Überwachungs- und Kontrollvorschriften des Fiskalvertrages greifen. Staaten mit einem Defizit von über 60% des Bruttoinlandsprodukts müssen demnach der EU-Kommission Haushalts- und Wirtschaftsprogramme vorlegen, die das Ziel haben, das De-

fizit zu verringern. Verweigert die Kommission diesen Programmen ihre Zustimmung, sind die Staaten verpflichtet, ihre Vorhaben anzupassen und nach den Wünschen der Kommission zu modifizieren. Damit kommt der Kommission praktisch ein Vetorecht gegenüber den nationalen Haushaltsplänen zu.

Das Budgetrecht stellt das bedeutendste und vornehmste Recht des Parlaments dar. Durch die Kontrolle über die Finanzen übt das Parlament somit eine Kernfunktion: Es kontrolliert die Regierung. Während diese die Kontrolle über die Verwaltung und den „Staatsapparat“ innehat, bleibt dem Parlament im Kern nur die Macht über das Geld. Diese „Power of the purse“ stellt einen zentralen Aspekt der Gewaltenteilung dar und darf nicht einfach den Prinzipien des Marktes und der neoliberalen Ideologie geopfert werden. Dies ist auch nicht mit unserer Verfassung vereinbar.

Gegen diese Aushöhlung der Demokratie regt sich auch innerhalb der Fraktionen von SPD und Grünen vereinzelter Widerstand. Eine geeinte Opposition könnte und müsste verhindern, dass Europa kaputtgespart wird. Die Lasten der Krise dürfen nicht auf Beschäftigte, Arbeitslose und Rentner abgewälzt werden. Es bleibt zu hoffen, dass der Widerstand sich ausweitete und sich ausreichend viele Abgeordnete gegen ihre eigene Entmachtung erheben werden. Sollte die nötige Zweidrittel-Mehrheit dennoch zustande kommen und der Vertrag ratifiziert werden, wird die Fraktion DIE LINKE vor das Bundesverfassungsgericht ziehen und gegen den Fiskalvertrag klagen.

Finanzprobleme der Kommunen nicht zu Lasten der Beschäftigten lösen



VON
Dr. Dagmar Enkelmann

Nächste Woche gehen die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst weiter. Trotz massiver Warnstreiks zeigen die Arbeitgeber in Kommunen und Bund bisher kaum Bewegung - Grund genug für die Fraktion DIE LINKE, in der vergangenen Sitzungswoche eine Aktuelle Stunde zur Tarifaufeinandersetzung auf die Tagesordnung zu setzen.

DIE LINKE ist für einen „kräftigen Schluck aus der Lohnpulle“, allein schon wegen der steigenden Lebenshaltungskosten, u.a. für Energie, Kraftstoff oder den Nahverkehr. Auch das Verlangen der Gewerkschaft, alle Auszubildenden in sozialversicherungsspflichtige Beschäftigung zu übernehmen, wird von der LINKEN unterstützt. Das bisherige Angebot der Arbeitgeber von 3,3 Prozent für zwei Jahre ist, wie Klaus Ernst es in der Debatte zu Recht nannte, eine «Unverschämtheit».

Die Regierungsfractionen redeten sich in der Aktuellen Stunde eins ums andere Mal mit der Tarifoheit heraus, obwohl gerade ihre Vertreter im Bund - wie z.B. der Bundesinnenminister - die Tarifforderungen mit dem Verweis auf eine schlechte Kassenlage oder künftig sinkende Steuereinnahmen ablehnen. DIE LINKE aber sagt: Die Finanzprobleme der öffentlichen Hand und gerade die der Kommunen dürfen nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Diese haben in den letzten Jahren u.a. durch sinkende Reallöhne längst ihren Beitrag zur Sanierung der Haushalte geleistet.

Auch die jetzt u.a. in NRW ins Gespräch gebrachte Abschaffung des Solidaritätszuschlages löst die kommunalen Finanzprobleme keineswegs - weder in West noch in Ost. Zu gern wird von denen, die jetzt vehement die Abschaffung des „Soll“ fordern, verschwiegen, dass dieser auch im Osten gezahlt wird. Zudem fließen diese Einnahmen keineswegs direkt in die neuen Länder, sondern gehen in die Steuer-

mittel des Bundes ein. Deswegen hat der „Soll“ im Grunde auch nichts mit dem Solidarpakt II zu tun, mit dem die neuen Länder noch bis 2019 unterstützt werden.

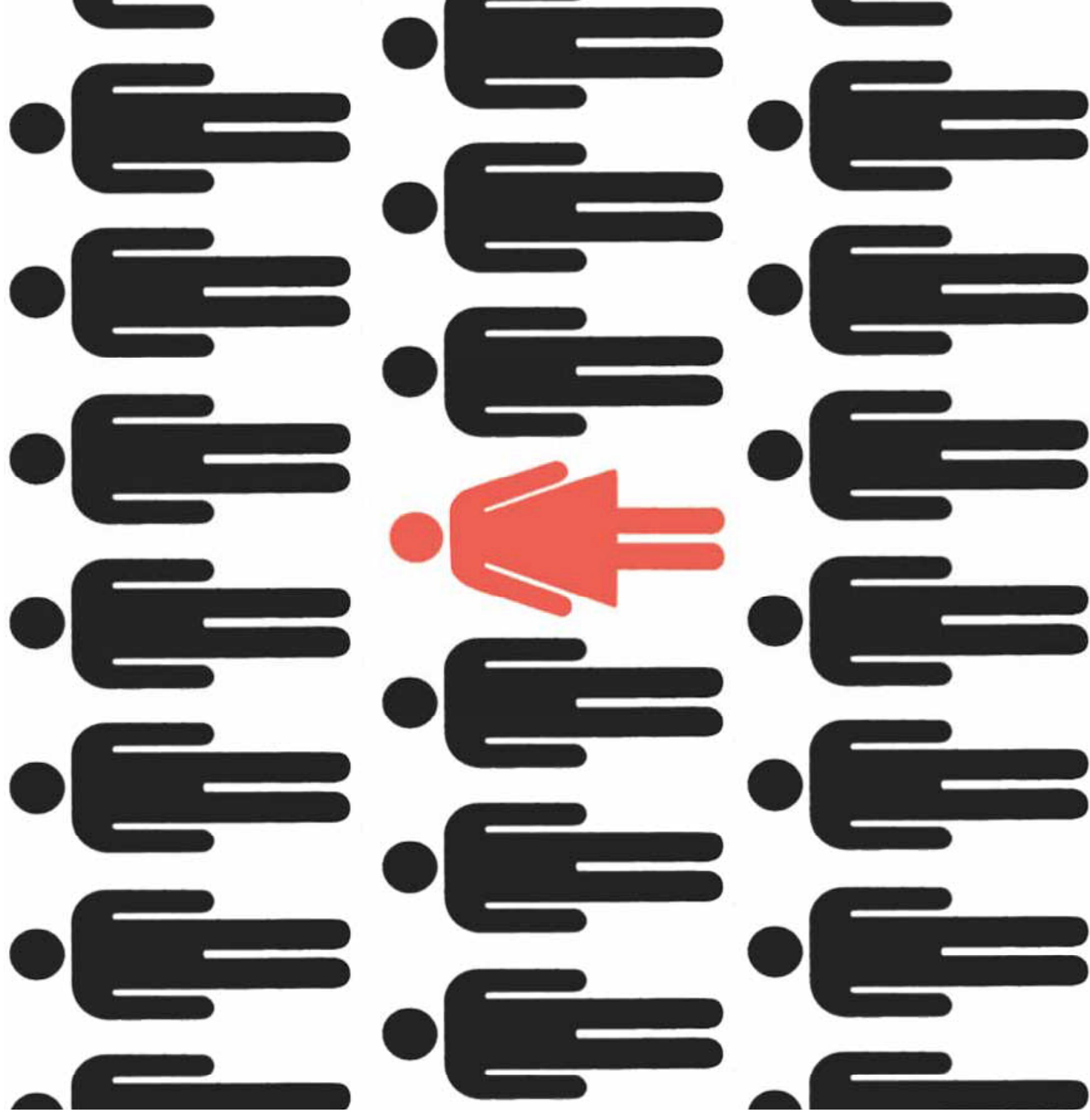
Die kommunalen Finanzprobleme sind ganz anderer Natur. Das zeigen die aktuellen Zahlen. Trotz stark gestiegener Steuereinnahmen verzeichneten die kommunalen Haushalte 2011 bundesweit ein Defizit von knapp 2,9 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag mitteilte. Zwar stiegen die Einnahmen um 5,2 Prozent auf fast 192 Milliarden, zugleich erhöhten sich die Ausgaben um 1,9 Prozent auf 194,5 Milliarden Euro. Überdurchschnittlich legten dabei Sozialleistungen mit 2,8 Prozent zu - eine Folge auch der anhaltenden Praxis des Bundes, den Kommunen immer mehr Aufgaben zuzuschieben, wie z.B. die Schuldnerberatung bei Hartz IV, sich aber um deren Finanzierung keine Gedanken zu machen.

Bei den kommunalen Haushalten nur auf die Steuerkonjunktur zu vertrauen, reicht bei weitem nicht. Notwendig ist vor allem eine Gemeindefinanzreform, die die Finanzausstattung der Kommunen grundlegend verbessert und ihnen z.B. mehr Anteile an der Einkommenssteuer zubilligt und eine verlässliche Gemeindefinanzsteuer einführt.

Die Kommunen brauchen darüber hinaus mehr Möglichkeiten, auf Bundesebene Einfluss zu nehmen. So bemüht sich DIE LINKE seit Jahren, kommunalen Spitzenverbänden verbrieft Mitspracherechte zu verschaffen, wenn im Bundestag Gesetze beschlossen werden, die die Interessen der Kommunen tangieren. Über entsprechende Veränderungen waren sich zuletzt im Geschäftsordnungsausschuss des Bundestages alle Fraktionen einig - zuletzt hatte die FDP ihre „Bedenken“ beiseite geräumt.

Equal-Pay-Day ist Tag der Abrechnung!

von **Diana Golze**



Auch nach über 100 Jahren Kampf der Frauen um Gleichberechtigung in der Arbeitswelt bestehen noch große Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern. Sicher, Frauen müssen heute nicht mehr um ihr Recht auf Arbeit kämpfen, doch es begegnen ihnen nachwievor tagtäglich Diskriminierungen. Eine solche ist die immer noch bestehende ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern.

Um das Jahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu erreichen, müssen Frauen im Durchschnitt drei Monate länger arbeiten. Die Ursachen der Lohn Differenz zwischen den Geschlechtern sind bekannt. Sie sind zu finden bei Niedriglöhnen, Teilzeitarbeit, Mini-Jobs und schlechterer Bezahlung von Frauenberufen, aber auch der schlechteren Eingruppierung von Frauen im Öffentlichen Dienst. Die Bundesregierung muss endlich konkrete Gegenmaßnahmen einleiten. Doch Schwarz-Gelb beschränkt sich auf Scheinaktivitäten. Appelle an die Wirtschaft sind genauso sinnlos, wie die weitere Prüfung von Prüfaufträgen. Sie sucht die Antworten auf diese Fragen in einer Politik der Projektchen, die zu dem nicht selten auf einer Finanzierung durch Mittel aus dem europäischen Sozialfond aufgebaut und nur von begrenzter Dauer sind.

Nachhaltigkeit und auf dauerhafte Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ausgerichtete Maßnahmen sehen anders aus. Statt einer gezielten Arbeitsmarktpolitik, die Frauen wirklich fördert; statt einer Wirtschaftspolitik, die klare Untergrenzen für Lohnhöhen festlegt; statt einer Gesundheitspolitik, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Jede und Jeden zu einem selbstverständlichen Recht macht und statt einer Familienpolitik, die Kinder nicht zum Armutsrisiko

und Kindererziehung nicht zum Zwangshausfrauendasein mutieren lässt, erleben wir von all dem genau das Gegenteil. Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle sucht man weiterhin vergeblich, der Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder bewegt sich weiter im Schnecken tempo und Angebote, die auf die besondere Lebenssituation von Alleinerziehenden zugeschnitten sind, werden wohl kaum durch die Sonntagsreden einer Ministerin Schröder oder von der Leyen entstehen. All das aber sind genau die politischen Maßnahmen, die es insbesondere Frauen leichter machen würden, auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen zu haben.

Solange all dies nicht Realität ist, bleibt DIE LINKE dabei: Es ist nicht hinnehmbar, dass reguläre Arbeit von Jobs zu Niedriglöhnen verdrängt wird, die in nichts anderem enden, als in massiver Benachteiligung, Armut und in schlechter sozialer Absicherung. Wer politisch auf die Verfestigung der Minijobs setzt, nimmt Altersarmut in Kauf, weil die Betroffenen kaum nennenswerte Rentenansprüche erwerben. Es wird ein Kreislauf geschaffen, in dem nur eine Gruppe verliert: die der Beschäftigten. Es ist vor allem nicht hinnehmbar, dass dies immer wieder die Frauen mit besonderer Härte trifft. Wir brauchen ein Tarifsystem, indem sogenannte Frauenberufe im Dienstleistungsbe reich nicht länger schlechter eingestuft werden. Und wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro, denn der Frauenanteil im Niedriglohnbereich beträgt über 70 Prozent.

77% sind 23% zu wenig Lohn für Frauen! Darum ist DIE LINKE an der Seite derer, die sich am 23.03.2012 und an allen anderen Tagen im Jahr gegen die Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt stark machen.

WASSER, Markt und Macht



von Sabine Stüber

Wir drehen den Hahn auf, und es fließt Wasser – jederzeit, bestens kontrolliert und unbedenklich trinkbar. Für uns ist es selbstverständlich, dass wir bequem unser wichtigstes Lebensmittel allzeit nutzen können. Ein nicht hoch genug einzuschätzender Reichtum der westlichen Welt, die damit umgeht, als sei er in endlosem Überfluss vorhanden.

Wasser ist für alle Menschen absolut lebensnotwendig, durch nichts zu ersetzen. Der Wasserbedarf wächst mit der Weltbevölkerung. Neben dem Trinkwasserbedarf steigt auch der Wasserverbrauch von Industrie und Landwirtschaft unaufhörlich. Die Süßwasservorräte der Erde werden jedoch knapper. Strategien für eine weltweit gerechte Zuteilung und den sparsamen Umgang mit Wasser sind unverzichtbar.

Auf dem UN-Weltgipfel 2002 in Südafrika vereinbarten die Regierungschefs, zum Jahr 2015 den Zugang von 80% der Weltbevölkerung zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen. Im Sommer 2010 erklärten die Vereinten Nationen den Zugang zu sauberem Wasser als Menschenrecht. Laut dem vor wenigen Tagen vorgestellten Weltwasserbericht, ist dieses Ziel heute schon erreicht.

Trotz schöner Worte und Statistiken lebt ein Drittel der Menschheit vor allem in den Entwicklungsländern mit unzureichenden sanitären Einrichtungen. Das Trinkwasser ist zu einer knappen Ware geworden. Internationale Experten stehen mit Lösungsvorschlägen bereit. Und genau hier beginnt das nächste Problem. Während der ehemalige UN-Generalsekretär Boutros Ghali 1985 warnte, dass die Kriege der Zukunft um Wasser geführt werden, hörte sich das 15 Jahre später in dem US-Wirtschaftsmagazin FORTUNE ganz anders an: Gewinne wie mit Öl im 20. Jahrhundert versprechen dort die Analysten für die nächsten Jahrzehnte im Geschäft mit dem Wasser, das längst vom Gemeingut zum Spekulationsobjekt geworden ist.

In Europa, auch in Deutschland, wird versucht, die kommunale Wasserversorgung weiter auszuhebeln. Immer mehr der bisher ureigenen kommunalen Aufgaben werden privatisiert. Man nennt das auch: Der Wassermarkt soll liberalisiert werden. Dabei weiß jedes Kind schon vom Monopoly-Spiel: Wer das Wasserwerk, das Gaswerk und die Bahnhöfe einheimst wird gewinnen. Die großen Konzerne wollen natürlich gewinnen und reißen sich schon mal die Wasserversorgung unter den Nagel. Das Wasser ist ein Markt für Milliarden-geschäfte geworden.

Ganz vorn dabei in diesem Monopoly sind deutsche, französische und britische Konzerne, von denen keiner eine Wasserversorgung aus humanitären Gründen betreibt. Kommunale Kontrolle ist kaum noch möglich, wenn die Wasserversorgung erst einmal privatisiert ist. Hinzu kommt, dass Verträge mit Wasserkonzernen als „geheim“ behandelt werden und somit keinerlei demokratische Bürgerkontrolle möglich ist. Die Berliner Wasserwerke sind schon seit einigen Jahren mit den Folgen nicht nachvollziehbarer Preissteigerungen privatisiert. Die Bevölkerung hat sich die Offenlegung der Verträge mit einem Volksbegehren mühsam erstritten. Ein erster Erfolg auf dem Weg, die Rekommunalisierung der Wasserversorgung mittels Bürgerwillen durchzusetzen.

Es ist wahrlich keine neue Erkenntnis: Konzerne versorgen nicht, weder mit Wasser, noch mit Energie, sie verkaufen mit maximalem Gewinn. Und genau daraus resultieren letztlich die steigenden Preise für die Bevölkerung. Privatisierungen bringen zudem Vorteilsnahme Einzelner, Vetterwirtschaft und Korruption mit sich.

Wasser ist ein Gemeingut, mit dem verantwortungsvoll im Sinne des Gemeinwohls umgegangen werden muss. Nur so kann das Ziel für eine globale Wasserversorgung ausserhen. Das allerdings bedarf tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen.

„Es geht nicht darum, den Ländern des globalen Südens mehr zu geben, sondern ihnen weniger wegzunehmen!“

(Jean Ziegler, Das Imperium der Schande)

von Kirsten Tackmann

Hunger. Eine Milliarde Menschen leiden darunter. Mangel- und Fehlernährung gehören zu den größten Problemen der Menschheit. Hunger grenzt aus, zerstört Familien und kann tödlich sein.

Durchschnittlich werden weltweit 2.800 Kalorien pro Kopf und Tag produziert. Fair verteilt, würde das für mehr als die sieben Milliarden Menschen ausreichen. Aber Nahrungsmittel sind nicht fair verteilt. Während wir über gigantische Lebensmittelverschwendung reden, reicht die Agrarproduktion in vielen Ländern des globalen Südens nicht aus. Das hat viele Ursachen. Krieg und Flucht, fehlender Zugang zu Boden, Wasser oder Düngemittel. Tanks und Futtertröge der reichen Industrieländer konkurrieren mit dem Teller der Armen um die Ackerflächen. Spekulationen mit Agrarrohstoffen und Äckern verteuern Nahrung. Erntegut geht bei Lagerung, Verarbeitung oder Transport verloren oder wird durch Schädlinge bzw. Krankheiten ungenießbar. Sinkende Bodenfruchtbarkeit, Wetterextreme und Klimawandel vergrößern das Hungerproblem.

Neben der dringend notwendigen Änderung neoliberaler Herrschaftsstrukturen muss auch die Forschung zur Lösung des Welthungerproblems beitragen. Dabei dürfen nicht die Ressourcen verbrauchenden Landwirtschaftsmodelle aus dem Norden den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Ländern des Südens übergestülpt werden. Gesucht sind lokal angepasste Lösungen. Der Hunger kann nur wirksam bekämpft werden, wenn Erträge nachhaltig und standortgerecht gesteigert werden. Hier muss Forschung ansetzen. Auch deutsche Agrarforschungsinstitute müssen einen Beitrag dazu leisten und dazu intensiv mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in

den betroffenen Ländern zusammenarbeiten. Neben der Verbesserung der Erträge muss der Zugang zu Boden, Wasser, Düngemitteln, Saatgut und verlustreduzierender Erntetechnik gesichert, sowie die regionale Infrastruktur für Lagerung, Transport, Verarbeitung und Vermarktung entwickelt werden.

Es gibt also viel zu tun. Die Koalitionsfraktionen haben einen Antrag zum Thema „Forschung zur Sicherung der weltweiten Ernährung“ vorgelegt. Leider hält er nicht, was er verspricht. Anstatt die globalen Herausforderungen engagiert anzupacken, bleibt die Koalition bei absurden Lösungsvorschlägen. Sie erzählt das uralte Märchen vom Kampf gegen Hunger durch Intensivierung der Agrarproduktion in Europa und Heilsversprechen aus dem Gentech-Labor. Die Koalition feuchtet die sozialen und ökologischen Ursachen von Hunger, die Lösungsansätze vor Ort und die Mitschuld der Industrieländer! Das ist Neokolonialismus! Wir haben den Antrag daher abgelehnt. In der Debatte am Donnerstag verwies ich auf unser ganz anderes agrarpolitisches Leitbild. Wir fordern wie der Weltagrarbericht oder das Büro für Technikfolgenabschätzung des Bundestages sozial-ökologische Lösungsansätze.



Foto: Konstanin Brückner

Bundestag muss als Arbeitgeber Vorbild sein

12.03.2012 – DAGMAR ENKELMANN

„Gerade der Bundestag sollte Vorbild für andere Arbeitgeber sein – nicht nur für die eigenen Angestellten und Beamten, sondern für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Gebäuden tätig sind. Ich fordere den Bundestagspräsidenten auf, die Probleme endlich wirksam anzugehen.“

Mit untertariflichen Billigjobs und unsozialen Arbeitsbedingungen muss endlich Schluss sein“, verlangt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, angesichts der jetzt bekannt gewordenen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zur korrekten Bezahlung von Honorarkräften.

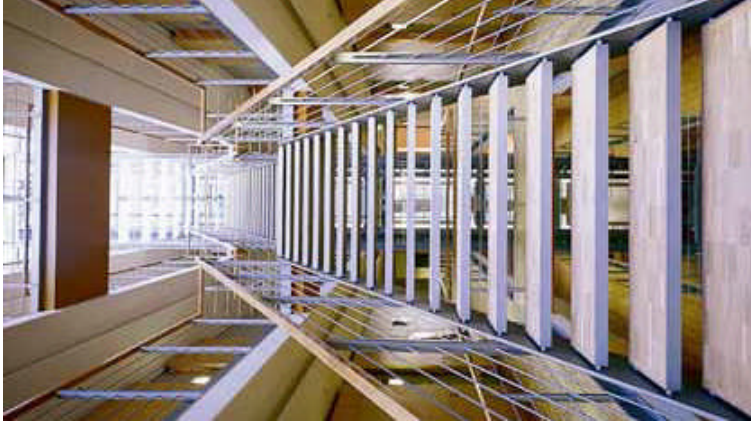


Foto: (c) Deutscher Bundestag / Hans Grunert

Das Strafgesetzbuch ist kein Handelsgesetzbuch

20.03.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist ein Indiz dafür, dass der Deal in der strafrechtlichen Praxis weiterhin im rechtsfreien Raum gedeiht“, erklärt Wolfgang Neskovic, Justiziar und Vorstandsmitglied der Fraktion DIE LINKE, zu der heute veröffentlichten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Prüfung des Standkommens eines „Deals“ im Strafverfahren durch das Reymittelgericht. Neskovic weiter:

„Die 2009 gesetzlich eingeführten – insbesondere formellen – Hürden von Anfang nicht geeignet, dem rechtsstaatswidrigen Wildwuchs im Bereich des Deals wirksam Einhalt zu gebieten. Kritiker Absprachen in Strafprozessen lau-



Foto: Freelancer011 | Pixello.de

Ohne Wasser kein Leben – auch eine politische Herausforderung

22.03.2012 – SABINE STÜBER

Der 22. März ist Weltwassertag, an dem es um die Bedeutung des Wassers für die Menschheit geht. In diesem Jahr steht er unter dem Thema Nahrungssicherheit und Wasser. Seit den 1980er Jahren weiß die breite Öffentlichkeit, dass Wasser eine begrenzte Ressource ist und diskutiert über die Zukunft der Wasserversorgung. Gegenwärtig leidet weltweit jeder siebte Mensch unter Hunger und unzureichender Wasserversorgung. Die Landwirtschaft braucht Wasser zur Erzeugung von Nahrungsmitteln. Auf künstlich bewässerten Flächen steigt der Ertrag, und dem entsprechend hat sich die bewässerte Fläche seit 1970 auf weltweit über 300 Millionen Hektar fast verdoppelt.

„Es ist ein alter Hut, ohne Wasser kein Leben“, sagt die LINKE Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber und fährt fort: „Viel zu viele Menschen auf dieser Welt haben kein sauberes Wasser, weder als Lebensmittel noch für eine sanitäre Grundversorgung. Das sind, global gesehen, die größten sozialen Probleme des 21. Jahrhunderts.“ Und weiter äußert sie: „Hier stößt der Kapitalismus an seine Grenzen. Verteilungsgerechtigkeit und sparsamer Umgang mit den Ressourcen sind die Aufgaben von heute und morgen. Aber das ist in einem gewinndominierten Gesellschaft ein Widerspruch in sich.“

In Europa fließen rund zwei Drittel des gesamten Wasserverbrauchs in die Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen. In den nächsten Jahren

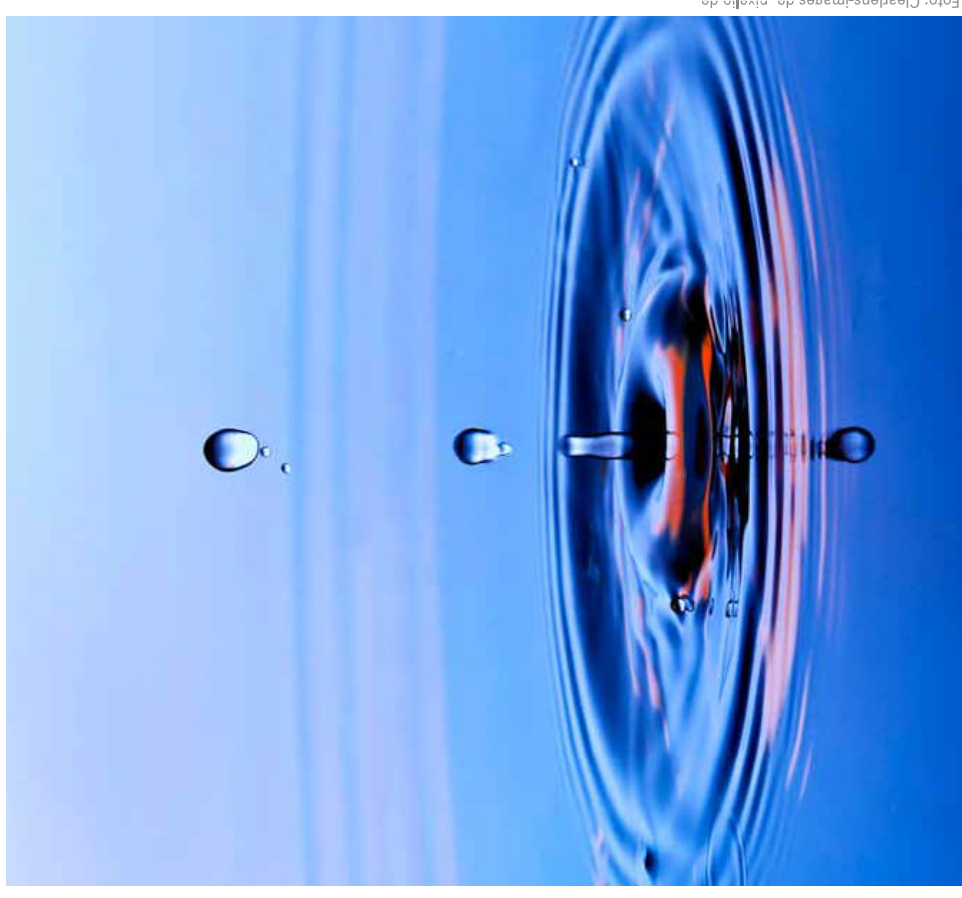


Foto: Clearfens-images.de | Pixello.de

zehnten muss verstärkt mit Dürre und Wasserknappheit gerechnet werden. Das ist einerseits schon oft für die Landwirtschaft in Ländern wie Portugal oder Spanien existenzbedrohend, andererseits werden immer noch tausende von Quadratmetern Obst- und Gemüseplantagen für den Export bewässert.

Hintergrund:

Der Weltwassertag ist ein Ergebnis der Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro. Er wird seit 1993 jährlich aufgrund einer Resolution der UN-Generalversammlung vom 22. De-

Schweinepest: Impfen statt keulen

22.03.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Zur Bekämpfung der klassischen Schweinepest wird bisher auf die Impfung von Tieren verzichtet. Grund sind internationale Handelshemmnisse. Ich unterstütze ausdrücklich eine Abkehr von diesem System und das Anliegen des Antrages,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Verabschiedung des Antrages „Schweinepest erscheinend bekämpfen – Notimpfung ersetzt grundloses Keulen“ im Ausschuss des Bundestages. Der interfraktionelle Antrag wurde unter Ausschuss der

fraktion erarbeitet. Die Schweinepest wird bisher auf der Impfung von Tieren verzichtet. Grund sind internationale Handelshemmnisse. Ich unterstütze ausdrücklich eine Abkehr von diesem System und das Anliegen des Antrages,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die Verabschiedung des Antrages „Schweinepest erscheinend bekämpfen – Notimpfung ersetzt grundloses Keulen“ im Ausschuss des Bundestages. Der interfraktionelle Antrag wurde unter Ausschuss der

bessere Weg.

Bei der Erarbeitung des interfraktionellen Antrags zur Bekämpfung der Schweinepest wurde die Linksfraktion ausgegrenzt. Grund ist der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU/CSU-Fraktion. Die Konservativen verweigern sich einer sachlichen Zusammenarbeit mit den Linken. Dabei hatten wir uns ausdrücklich zum gemeinsamen Anliegen bekannt und sachliche Verbesserungsvorschläge in die Bearbeitung eingebracht.“



Foto: Birbel selbst_pixello.de

Politik der Bundesregierung wirft Schatten auf Photovoltaik

09.03.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Schon mit der Ankündigung dieser erneuten EEG-Novelle wurden die Arbeitsplätze in der Prignitz und in Ostprignitz-Ruppin viele Ausbauprojekte der Photovoltaik auf Eis gelegt oder abgesagt,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann den zum 9. März von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Kürzung der Solarförderung.

Das hat dazu geführt, dass die Erzeugungskosten für Solarstrom deutlich gesunken sind, so dass auch die Förderung sukzessive reduziert werden kann. In Kürze wird damit gerechnet, dass Solarstrom die Erzeugungskosten von Offshore-Windstrom erreicht. Die Bundesregierung gefährdet diese Entwicklung mit ihren drastischen Zusatzkürzungsplänen.

Damit bremst sie die so dringend notwendige Energiewende aus. Das erinnert fatal an den Umgang mit der Biokraftstoffbranche, bei der auch die Korrektur angeblicher Überförderungen viele neu entstandene Arbeitsplätze vernichtet hat. Bei den fossilen Energiekonzernen haben vermutlich auch dieses mal wieder die Sektorkorken geknallt. Ihre Zukunft wird durch die politische Vollbremsung gesichert. Das ist weder sozial noch ökologisch verantwortlich.

In den letzten Jahren hat es gerade im Bereich der Photovoltaik eine enorm positive Entwicklung gegeben. Anlagen auf Dächern und Konversionsflächen sind allerorten entstanden. Mit günstigen Auswirkungen auf die Wertschöpfung in

den ländlichen Gebieten. Mit der Entstehung und Sicherung von Arbeitsplätzen in der Solarbranche, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich. In vielen Regionen Deutschlands, vor allem in Ostdeutschland, und auch in den Landkreisen Prignitz und Ostprignitz-Ruppin ist diese Entwicklung unübersehbar geworden.

Notwendig wäre in der gegenwärtigen Lage vielmehr ein vorübergehendes Unterstützungsprogramm für die Solaranlagenhersteller, etwa über vergünstigte KfW-Kredite. An- gesichts der enormen Subventionen, die Hauptkonkurrent China seinen Anlagenbauern gewährt, wäre dies eine angemessene Industriepolitik für eine Branche mit zukunftsfähigen Jobs. Gerade in einigen Regionen Ostdeutschlands riskiert dieses Abwürgen der Solarbranche eine zweite De-Industrialisierung innerhalb von zwanzig Jahren. Eine Entwicklung, die die LINKE nicht hinnehmen wird.“

Berlin, 09.03.2012

Den Gesetzentwurf der Bundesregierung finden Sie: [HIER](#)

Den Antrag „Mut zum Aufbruch ins solare Zeitalter“ der Linksfraktion finden Sie: [HIER](#)



Foto: RainierSturm_pixello.de

▼ Anträge, Anfragen & Initiativen

22.03.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9070](#)

Hartz IV- Sonderregelungen für unter 25-jährige abschaffen

Innerhalb des Hartz IV Systems gibt es für junge Erwachsene bis 25 Jahre ein Sondersystem. Sie werden der Bedarfsgemeinschaft der Eltern zugerechnet, dürfen nicht ohne Genehmigung der Behörde ausziehen und unterliegen einer besonders drastischen Sanktionsregelung und – praxis. Diese Sonderbehandlung ist nicht nur kontraproduktiv für die Entwicklung junger Menschen, sondern zumindest teilweise auch verfassungswidrig. Das Sondersystem muss daher abgeschafft werden.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9067](#)

Zuzahlungen für Patientinnen und Patienten jetzt abschaffen

Zuzahlungen sind zutiefst unsozial und haben keinerlei positive Wirkung. Sie treffen allein Patientinnen und Patienten. Da die Kosten bei der Inanspruchnahme von Leistungen anfallen, nehmen vor allem Geringverdienende notwendige Gesundheitsleistungen nicht in Anspruch. Dies führt zur Zwei-Klassen-Medizin und zur Untergrabung des Solidarprinzips. DIE LINKE fordert daher, Zuzahlungen ersatzlos abzuschaffen.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9066](#)

Unverzügliche Ratifizierung des Seearbeitsübereinkommens

Für über 1,2 Mio. Seeleute weltweit gelten z.T. katastrophale Arbeitsbedingungen, Niedriglöhne und mangelnde Absicherung, besonders auf Schiffen von Billigflaggenländern. Seit 2006 gibt es ein internationales Seearbeitsrechtsübereinkommen, das von vielen Ländern noch nicht ratifiziert wurde und daher noch nicht gültig ist. Die sechsjährige Verschleppung durch die Regierung ist untragbar. DIE LINKE fordert die sofortige Ratifizierung dieses Abkommens und Rechtssicherheit auch auf Hoher See.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9065](#)

Iran: Sanktionsspirale beenden – Kriegsgefahr stoppen – Neuen Anlauf zum umfassenden Dialog wagen

Mit der am 23. Januar beschlossenen EU-Sanktionsrunde gegen Iran hat sich der Atomkonflikt deutlich verschärft; gleichzeitig wird in den USA und Israel offen über eine militärische „Lösung“ diskutiert. Deutschland unterstützt die konfrontative Strategie vorbehaltlos. Nur eine Abkehr hiervon kann jedoch zu einem nachhaltigen Interessensausgleich mit Iran führen. Die iranische Bevölkerung leidet doppelt: Unter den Folgen der Sanktionen und der Repression durch die eigene Regierung.

22.03.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9064](#)

Freiheit von Forschung und Lehre schützen – Transparenz in Kooperationen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit Unternehmen bringen

Die Freiheit von Forschung und Lehre muss nicht nur gegen staatliche, sondern auch gegen private Eingriffe sicher gestellt werden. Hochschulen und Forschung brauchen mehr Transparenz und eine auskömmliche Grundfinanzierung.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9063](#)

Demokratie stärken, Lobbyismus verhindern und Parteienfinanzierung transparenter gestalten

Die Demokratie soll gestärkt werden, indem Käuflichkeit von Politik und Lobbyismus durch ein gesetzliches Spenden- und Sponsoringverbot gegenüber Unternehmen verhindert werden. Nicht die Finanzkraft der BürgerInnen darf über ihre Partizipationsmöglichkeiten entscheiden, vielmehr müssen die Abgeordneten sich am Gemeinwohl orientieren. Der Antrag nimmt aktuelle Vorschläge von Transparency International und dem Bundestagspräsidenten Lammert zu mehr Transparenz in der Parteienfinanzierung auf.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9062](#)

Kampfkraft der Gewerkschaften stärken - Anti-Streik-Paragraphen abschaffen

Durch eine Änderung des damaligen § 116 Arbeitsförderungsgesetz wurden die Möglichkeiten der Gewerkschaften, Streiks durchzuführen, erheblich eingeschränkt. Aufgrund dieser Änderung erhalten „Kalt Ausgesperrte“ kein Kurzarbeitergeld mehr. Es handelt sich daher um einen Anti-Streik-Paragraphen, der später wortgleich in das Sozialgesetzbuch III Eingang gefunden hat. Dieser Paragraph muss wieder abgeschafft werden, damit Chancengleichheit zwischen den Tarifvertragsparteien besteht.

21.03.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9034](#)

Novelle des Bundesberggesetzes und anderer Vorschriften zur bergbaulichen Vorhabengenehmigung

Im geltenden Bergrecht gehen die Interessen der Rohstoffgewinnung klar vor den Interessen von Umwelt und Bevölkerung. Der Antrag der LINKEN fordert darum eine umfassende Novellierung insb. des Bundesberggesetzes. Im Einzelnen werden Änderungen gefordert, die insbesondere beim Abbau unter besiedelten Gebieten die Stellung von ansässigen Menschen und Umwelt deutlich stärken würden. Zudem soll die Kategorie „grundeigene“ Bodenschätze abgeschafft werden. Alle Bodenschätze würden damit Gemeineigentum.

▼ Anträge, Anfragen & Initiativen

21.03.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/9031](#)

Praxisgebühr abschaffen

Die Praxisgebühr ist unsozial und hat keinerlei positive Wirkungen. Nicht nur unnötige Arztbesuche, sondern auch notwendige werden dadurch nicht wahrgenommen. Davon unabhängig werden auch die Einnahmen aus der Praxisgebühr nicht mehr gebraucht, weil die Kassen und der Gesundheitsfonds Rekordüberschüsse haben.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8952](#)

Soziale Innovationen und Dienstleistungsinnovationen erforschen und fördern

Soziale Innovationen und Dienstleistungsinnovationen tragen zur Lösung wichtiger gesellschaftlichen Probleme bei. DIE LINKE fordert eine angemessene Förderung nichttechnischer Innovationen insbesondere im öffentlichen und gemeinnützigen Sektor.

▶ 14.03.2012 ▼

▶ [GROSSE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8966](#)

Abschließende Bemerkungen der UN zum Staatenbericht an den Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Die Bundesrepublik hat den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnet. Nach der Bewertung der Uno zu dem 5. Staatenbericht besteht jedoch weiterhin Handlungsbedarf bei der Umsetzung. Die Bundesregierung wird daher in vielen Punkten aufgefordert zu handeln. Es ist an der Zeit und entspricht der Würde und Verantwortung des Parlaments, sich selbst ein Bild vom Umgang der Bundesregierung mit den UN-Bemerkungen zu machen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

▶ 22.03.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8865](#)

Politische Betätigungsverbote nach Aufenthaltsgesetz

Auf Grundlange des § 47 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 1 Aufenthaltsgesetz hat das Amt für öffentliche Ordnung der Landeshauptstadt Stuttgart im Februar 2012 ein politisches Betätigungsverbot gegen den kurdischen Exilpolitiker Muzaffer Ayata verhängt. Verboten ist ihm damit auch die Teilnahme an Versammlungen legaler kurdischer Vereinigungen sowie das Verfassen von Artikel. Für den Journalisten Ayata kommt dies einem Berufsverbot gleich. DIE LINKE fragt kritisch nach.

▶ 21.03.2012 ▼

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8901](#)

Zusammenarbeit von deutschen und tschechischen Rechtsextremen

Zwischen der rechtsextremen NPD und tschechischen Rechtsextremisten der „Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit“ (DSSS) findet seit einiger Zeit eine engere Kooperation statt. Deutsche Neonazis beteiligen sich zudem an rassistischen Demonstrationen gegen Roma in der tschechischen Republik. Die Linksfraktion hakt kritisch zu den Erkenntnissen der Bundesregierung und ihren daraus gezogenen Konsequenzen nach.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9016](#)

Potenzial der Verlagerung von Flügen auf die Bahn am Flughafen Frankfurt am Main

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Flughafen Berlin-Brandenburg BER ergab, dass derzeit mehr als 60% aller Flüge Ziele haben, die in weniger als sechs Stunden mit der Bahn zu erreichen sind. Es besteht ein erhebliches Potenzial zur Verlagerung von Flügen auf die Bahn - das alle Ausbauphantasien Lügen straft. Mit dieser neuen Kleinen Anfrage soll sich zeigen, wie hoch das Verlagerungspotenzial am größten deutschen Flughafen in Frankfurt a.M. ist.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9014](#)

Umgang mit § 37 Absatz 1 Nummer 3 Stasiunterlagengesetz (StUG) im Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

In allen bisherigen Tätigkeitsberichten der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR blieben wesentliche Punkte unerwähnt. Die Kleine Anfrage widmet sich der Aufklärung der Vorgänge zur „gesonderten Verwahrung“ von Akten, wie sie in §37 StUG vorgesehen ist. Davon betroffen sind insbesondere Akten, die Tätigkeiten „anderer Nachrichtendienste“ in der DDR dokumentieren.

▶ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/9007](#)

International im Verborgenen agierende Netzwerke von Polizeien

Erst parlamentarische Initiativen der Linksfraktion förderten zutage, wie sich deutsche Polizeibehörden in informellen internationalen Arbeitsgruppen organisieren. Daraus entstehende persönliche Kontakte haben für Einsätze hohe Bedeutung, obwohl als Zweck der „Erfahrungsaustausch“ gilt. Die Netzwerke befassen sich mit Grundrechtseingriffen: Dem Einsatz verdeckter Ermittler/innen, staatlicher Trojaner, Überwachungstechnologie. Die parlamentarische und öffentliche Kontrolle wird jedoch erschwert. Die Linksfraktion fragt weiter nach.

▼ Anträge, Anfragen & Initiativen

21.03.2012 ▼

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8992](#)

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Wassersektor in den besetzten palästinensischen Gebieten (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung)

Diese Kleine Anfrage knüpft an die Kleine Anfrage auf BT-Drucksache 17/8422 vom 23.01.2012 an und beabsichtigt vor dem Hintergrund der Verletzung des Menschenrechts auf Wasser der palästinensischen Bevölkerung, genauere Informationen bezüglich der Schwerpunktverlagerung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit von der Trinkwasserversorgung zur Abwasserentsorgung sowie zur Kooperation mit Israel im Wassersektor zu erhalten.

16.03.2012 ▼

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8985](#)

Finanzielle Forderungen der Deutschen Bahn AG an den „Zug der Erinnerung“

Der „Zug der Erinnerung“ ist eine wichtige zivilgesellschaftliche Initiative, die an die Deportation der jüdischen Bevölkerung durch die Reichsbahn erinnert. Die Bahn AG behindert dieses Unternehmen jedoch. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, als Alleinaktionär die DB zu veranlassen, den Zug der Erinnerung zu unterstützen. Ansonsten muss durch Gesetzesänderungen sichergestellt werden, dass der Erinnerungszug nicht durch Gebühren lahmgelegt wird.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8978](#)

Pläne zur Reform der Unternehmensbesteuerung nach Vorlage von Arbeitsberichten durch das Bundesministerium der Finanzen

Für die von der Koalition angekündigte Unternehmenssteuerreform liegen mittlerweile zwei Berichte sowie ein 12-Punkte-Programm vor. Aus diesen kristallisiert sich heraus, dass die von der Koalition angestrebten Ziele sich widersprechen. So sollen Konzerne in Deutschland ein weiteres Mal entlastet werden, gleichzeitig wird aber eine Harmonisierung mit der deutlich höheren Unternehmensbesteuerung in Frankreich angestrebt. DIE LINKE stellt die Pläne der Koalition auf den Prüfstand.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8977](#)

Steuer- und sozialrechtliche Behandlung der Leistenden des freiwilligen Wehrdienstes und Bundesfreiwilligendienstes

Die Bundesregierung beabsichtigt die Leistenden des Bundesfreiwilligendienstes und des freiwilligen Wehrdienstes entgegen der bisherigen Praxis zukünftig zu besteuern. Dies birgt die Gefahr, dass diese noch weniger Entgelt als bisher bekommen. Wird allerdings die Steuergerechtigkeit in den Vordergrund gestellt, so spricht einiges für die Besteuerung. DIE LINKE fragt, wer von einer Besteuerung wie betroffen wäre und ob eine Steuerfreistellung die Betroffenen wirklich besser stellt.

14.03.2012 ▼

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8968](#)

Modellprojekte mit rechtsextremen jugendlichen

Mit der Kleinen Anfrage wird die problematische Vergabepaxis bei manchen Modellprojekten des Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus hinterfragt. Insbesondere geht es um ein exemplarisches Projekt mit rechten jugendlichen, das auch Gruppen der Autonomen Nationalisten mit einbeziehen sollte und das pädagogisch und politisch als bedenklich eingeschätzt wird.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8940](#)

Öffentliche Auftritte der Bundeswehr (zweites Quartal 2012)

Die Bundeswehr entfaltet eine breite Öffentlichkeitsarbeit, um sowohl Nachwuchs zu rekrutieren als auch für die deutsche Kriegspolitik zu werben. DIE LINKE sieht darin sowohl eine unzulässige Indoktrinierung von Jugendlichen als auch eine Militarisierung der Gesellschaft. Sie begrüßt Proteste gegen die Militärreklame. Deren Ausmaß soll durch regelmäßige Kleine Anfragen erfasst werden..

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8939](#)

Wiedergutmachungsleistungen für italienische Militärinternierte und Opfer von Besatzungsverbrechen in Italien und Griechenland

Gegen Entschädigungsforderungen italienischer NS-Opfer und einschlägige Urteile italienischer Gerichte hat die Bundesregierung vor dem Internationalen Gerichtshof geklagt und gewonnen. Der Gerichtshof hat damit aber nicht die deutsche Entschädigungsverweigerung gutgeheißen. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, nun wenigstens auf humanitärer Ebene Wiedergutmachung an den Opfern deutscher Besatzungsverbrechen zu leisten.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8938](#)

Symposium des Bundeskriminalamtes in Abu Dhabi

Das Bundeskriminalamt hat für 150.000 Euro ein Symposium mit Vertretern von Sicherheitsbehörden einer Reihe von Ländern durchgeführt, in denen die Menschenrechte aufs schwerste verletzt worden, auch im Namen des Antiterrorkampfes. DIE LINKE fordert, die Zusammenarbeit mit Folterstaaten nicht auf Kosten der Menschenrechte zu betreiben und erfragt Hintergründe zu dem Symposium.

▼ Anträge, Anfragen & Initiativen

14.03.2012 ▼

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8937](#)

Aussteigerprogramme für Neofaschisten

Verfassungsschutz und zivilgesellschaftliche Initiativen bieten Aussteigerprogramme für Neofaschisten an. Nach Prüfung ihrer Ausstiegsbereitschaft bieten sie den Neofaschisten unter anderem Hilfe bei Wohnungssuche, bei Behördenkontakten sowie bei beruflicher/schulischer Qualifizierung an. DIE LINKE erfragt die Bilanz dieser Programme.

▼ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8934](#)

Besuch des Afrikabeauftragten des Auswärtigen Amtes in Namibia und Aufklärung über problematische Gruppierungen im südlichen Afrika

In jüngster Zeit haben sich die Beziehungen Deutschlands zu Namibia zunehmend verschlechtert. Dies gipfelte mit dem Rauswurf des deutschen Botschafters durch Präsident Pohamba Ende Dezember 2011. Anfang Februar reiste der Afrikabeauftragte des Auswärtigen Amtes nach Namibia, um die Beziehungen zu retten. Unterdessen gibt es Hinweise auf Kontakte von Vertretern der Bundesregierung zu rassistischen und rechtsextremistischen Kreisen von Völkermordleugnern im südlichen Afrika und Deutschland. Die Linksfraktion hakt kritisch nach.

▼ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8928](#)

Altersarmut von Frauen und die Pläne der Bundesregierung

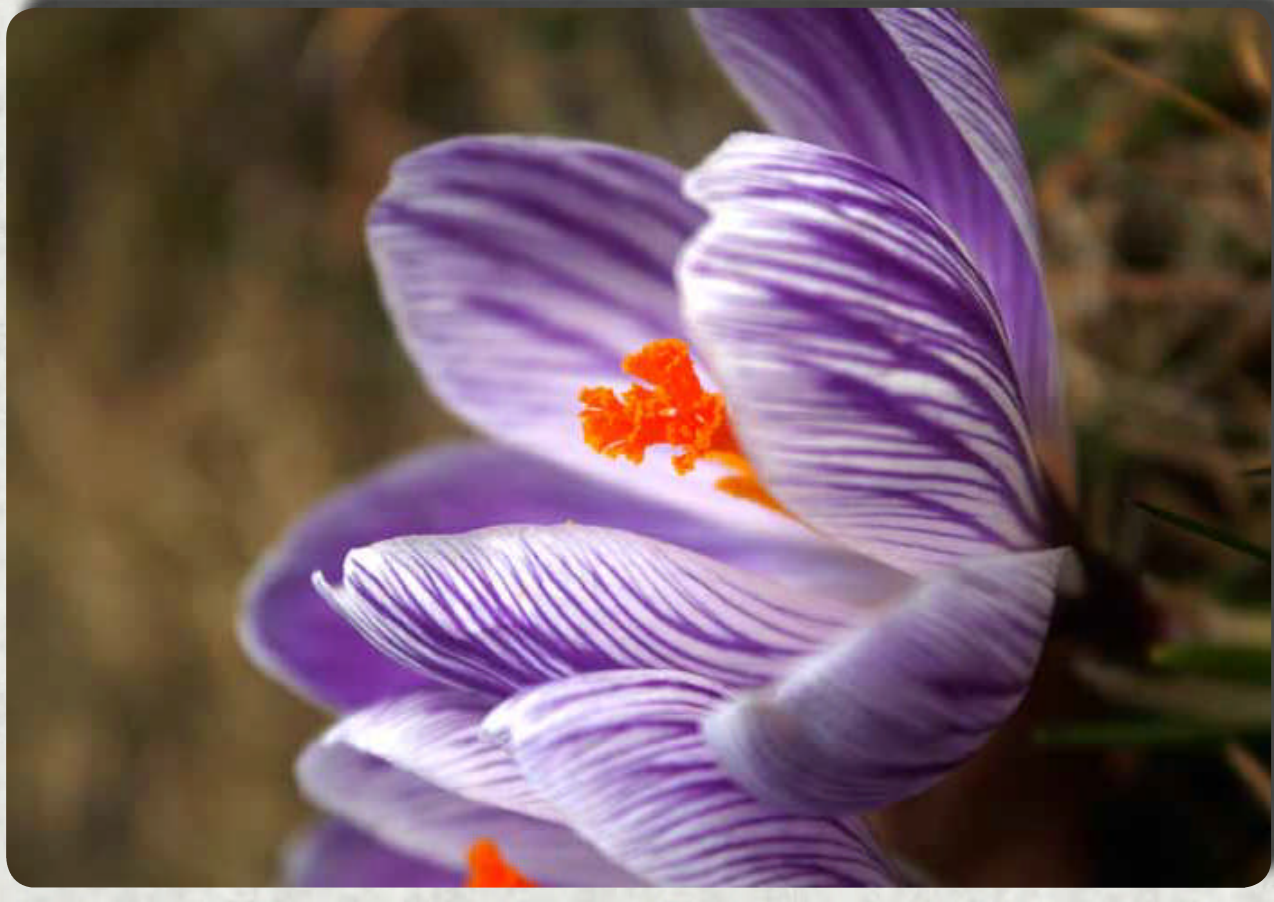
Frauen sind in besonderem Maße von unzureichender sozialer Absicherung und Armut im Alter betroffen. Die Pläne der Bundesregierung sind nicht geeignet, daran etwas zu ändern. Dies soll mit Hilfe dieser Kleinen Anfrage aufgezeigt werden.

12.03.2012 ▼

▼ [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8874](#)

Gewalt gegen Frauen mit Behinderung

Hinterfragt werde Ergebnisse einer vom BMFSFJ in Auftrag gegebene Studie zur Gewaltsituation von Frauen mit Behinderungen in Einrichtungen. Darin wird erstmalig das Ausmaß der Gewalt an Frauen und Mädchen mit verschiedensten Behinderungen/Beeinträchtigungen im sozialen Nahraum von Familie oder Partnerschaft sowie in Einrichtungen und am Arbeitsplatz benannt. Gefragt wird nach Möglichkeiten einer verbesserten Prävention sowie nach Hilfs- und Schutzangeboten für die betroffenen Frauen und Mädchen.





08.03.2012 – DAGMAR ENKELMANN

Beobachtung und Überwachung von Abgeordneten

Rede von Dagmar Enkelmann zu TOP 23, 8. März 2012; Beratung des Antrags der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Hans-Christian Ströbele, Wolfgang Wieland, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Beobachtung und Überwachung von Mitgliedern des Bundestages durch deutsche Geheimdienste; Drucksache 17/8797;

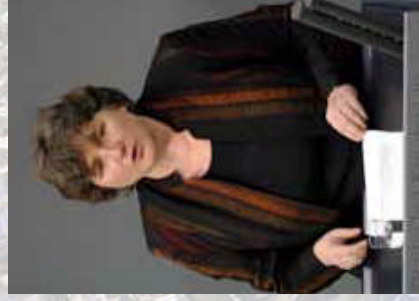
Herr Präsident, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, für ihn sei es „kein Stein des Anstoßes“, wenn linke Abgeordnete durch den Verfassungsschutz beobachtet würden. So beschied der künftige Bundespräsident Joachim Gauck den Fragesteller während seiner Vorstellung in der Fraktion.

▶ [weiterlesen](#) [HIER](#)

22.03.2012 – KIRSTEN TACKMANN

Wer weltweite Ernährung sichern will, muss Armut bekämpfen

Rede Dr. Kirsten Tackmann MdB, 22. März 2012, TOP 7 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Ewa Klamt, Albert Rupprecht (Weiden), Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Peter Röhlinger, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Sylvia Canel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP Forschung zur Sicherung der weltweiten Ernährung > Drucksachen 17/6504, 17/...



Es gilt das gesprochene Wort:
Dem Titel des Koalitionsantrags „Forschung zur Sicherung der weltweiten Ernährung“ könnte man ja noch zustimmen. Wäre nicht die Agrarforschung seit Jahren durch massiven Personalabbau und Standortschließungen in eine Krise gespart worden.
DIE LINKE fordert regelmäßig eine öffentlich finanzierte Agrarforschung, die den weltweiten Herausforderungen gewachsen, besser vernetzt und strategisch koordiniert ist.



Sabine Stüber



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diesterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 86950831
Telefax: (0335) 86950832
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 342618
Telefax: (03361) 342624
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de



Diana Golze



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Dr. Dagmar Enkelmann



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkeltmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Dr. Kirsten Tackmann



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Büro Perleberg

Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
perleberg@kirsten-tackmann.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de



Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 30.03.2012.



Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de